

Bezirksregierung erinnert an Regeln

Von Matthias Niewels, 27.03.12, 17:50h

Die Kölner Bezirksregierung erinnert in Bezug auf das Bergisch Gladbacher Haushaltssicherungskonzept an allgemeine Regeln, die zu beachten seien. Ob die Schulschließungsfrage bis zur Ratsitzung am Donnerstag abstimmungsreif geklärt ist, bleibt noch offen.



Das aussagekräftige Plakat eines Demonstranten, der für den Erhalt des NCG am heutigen Standort kämpft. (Bild: Neumann)

BERGISCH GLADBACH Der Sprecher der Bezirksregierung, August Gemünd, erklärte gestern auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Wer Schulschließungen in den Haushalt einbringt, der muss ganz konkret sagen, welche Schule mit welchem Einsparpotenzial gemeint ist.“ Das gelte für alle Schulen – egal ob Gymnasium oder Grundschule. Tatsächlich sind im Gladbacher Haushalt – so jedenfalls der letzte Stand nach der Hauptausschusssitzung vergangene Woche – Einsparungen sowohl bei den weiterführenden Schulen als auch bei den Grundschulen geplant.

Bei den weiterführenden Schulen gibt es eine „Prioritätenliste“ mit der Schließung des Standortes des Nicolaus-Cusanus-Gymnasium (NCG) an der Spitze. Bei den Grundschulen wird lediglich die Schließung eines nicht genannten, Schulstandortes angegeben. Rund 180 000 Euro sollen dort jährlich eingespart werden. Beim NCG sind es pro Jahr rund 920 000 Euro.

Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ steht die Stadt wegen der Grundschulen inzwischen in Kontakt mit der Bezirksregierung. So wird in Bergisch Gladbach argumentiert, dass bei der relativen großen Dichte von Grundschulen in Refrath (insgesamt fünf) die Standortfrage zu vernachlässigen sei. Ganz anders als bei den weiterführenden Schulen, wo die Schließung eines Standortes große Folgewirkung habe. Deshalb mache die Nennung von konkreten Standorten bei weiterführenden Schulen Sinn, bei den Grundschulen nicht. Fraglich bleibt, ob die Bezirksregierung dieser Argumentation folgt und es bis zur Ratssitzung am morgigen Donnerstag eine abstimmungsreife Vorlage zu diesem Punkt für das Haushalts sicherungskonzept gibt.

Das ist aber nicht das einzige strittige Thema zwischen Stadt und Bezirksregierung. So verweist Gemünd darauf, dass die Bezirksregierung auch Schulaufsichtsbehörde ist. Die Schließung von Schulen werde nicht nur unter fiskalischen, sondern auch unter konzeptionellen und pädagogischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Gemünd: „Es kann ja nicht sein, dass wir haushaltstechnisch grünes Licht geben und dann durch die Schulaufsicht die Schulschließung stoppen.“ Die Behörde werde mit einer Stimme sprechen müssen. Eine umfassende Prüfung habe es noch nicht gegeben, schließlich liege der Bezirksregierung das Haushaltssicherungskonzept noch nicht vor. Gemünd verwies darauf, dass die unmittelbare Aufsichtsbehörde zunächst die Kreisverwaltung sei.

Kopfzerbrechen bereitet der Gladbacher Verwaltung auch ein Fragekatalog der Elternvertretung des NCG. Sowohl die finanziellen, als auch die pädagogischen Aspekte werden hier auf fünf Seiten angesprochen. Die Fragen sollen unter dem Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ während der Ratssitzung gestellt werden. Es ist eine Sammlung, die im Rathaus für Unruhe sorgt. Mehrere Fachbereiche sind derzeit damit beschäftigt, Antworten auf diese zu erarbeiten.

